

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin W. 57
Wiatersfeldstr. 24 (Redakteur: Emil Dittmer)
Fernsprecher: Emil Lüchow Nr. 2746

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags • Bezugspreis
vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 2 Mk.
Postvertragsliste Nr. 3164

Wir müssen vorwärts auf der ganzen Linie!

Aus der Jahresabrechnung in voriger Nummer der „Gewerkschaft“ haben unsere Kollegen gesehen: das Gesamtgefüge unseres Verbandes ist trotz der schweren Kriegstürme, die über uns hereinbrausten, gut intakt geblieben. Wohl sind die Finanzen nicht unerheblich mitgenommen, wohl haben wir auch schwere Verluste zu verzeichnen, namentlich in den Grenzgebieten. Dennoch ist kein Anlaß zum Verzweifeln. Die Monatsstatistik vom 1. März beweist uns vielmehr, daß es kräftig aufwärts geht.

Im übrigen hatte die Werbekraft unseres Verbandes nur wenige Monate nach Kriegsausbruch etwas ausgekehrt. Wir haben vom 2. Quartal 1914 bis Ende 1916 immerhin fast 15 000 (genau 14 864) Neuaufnahmen, darunter 2634 weibliche. Allerdings entzog uns der Krieg bis 1. März 1917 volle 54 Proz. des früheren Mitgliederbestandes. Diese gewaltige Lücke bleibt vorerst bestehen, so daß uns am Anfang dieses Monats noch rund 26 000 Mitglieder verblieben.

Damit ist aber unsere Aktionskraft durchaus nicht erschöpfend gekennzeichnet; denn mehr noch als in Friedenszeiten gelang es der rührigen Arbeit unserer Organisation, auch für die unorganisierten erhebliche Verbesserungen ihres Lohnes, Teuerungszulagen usw. durchzusetzen.

Öftmals ist schon von manchem Vertrauensmann der Stöckelkrieger gekommen: „Wenn wir nur nicht für die Unorganisierten und Indifferenten mitarbeiten müßten bei unseren Bestrebungen!“ Wenn jene nicht an unseren Erregungsfähigen teilhaben könnten, so würden sie wohl am schnellsten „unsernen“ und mit uns gemeinsame Sache machen!

Das mag schon richtig sein, dennoch halten wir auch die jetzige generelle Regelung von Lohnhöhungen und Zulagen für vortrefflich geeignet zur Anbahnung in der Agitation. Wer die Berichte aus allen Teilen des Reiches in der „Gewerkschaft“ aufmerksam verfolgt, dem bieten sie eine Quelle schier unerhöplichen Agitationsmaterials, und in dieser Beziehung ist die Kunst der Stunde selten so groß gewesen als in den letzten Kriegsmonaten.

Freilich werden die Indifferenten stets neue Ausreden finden, um sich ihren Organisationspflichten zu entziehen. Können sie schon den Vorwurf nicht mit Fug und Recht erheben, der Verband tue nichts für sie, so kommen sie mit dem Vorwurf: „Was geschieht, ist bei weitem nicht genug!“ Und alle Organisierten werden ihnen darin beistimmen. Es kann aber nur mehr erreicht werden, wenn die Zahl der Organisierten sich erheblich steigert, wenn insbesondere auch die vielen jetzt in städtischen Betrieben tätigen Frauen sich ihrer Organisationspflicht erinnern. Vielfach arbeiten sie statt dessen zu niedrigerem Lohnsatz und müden nicht einmal. Es fehlt hier oft noch an den elementarsten Erkenntnissen, aber auch an dem nötigen Eifer bei der Agitation.

Wir verkennen gewiß nicht die Schwierigkeiten, die sich gegenwärtig einer planmäßigen Werbearbeit gegenüber auf-

türmen: Viel Wechsel, ganz junge und ganz alte Kollegen, zahlreiche Frauenarbeit. Dazu das gehemmte Versammlungsleben, das Fehlen erfahrener Vertrauensleute und anderes.

Dennoch müssen wir im nahenden Frühjahr mit erhöhtem Eifer herangehen an die Gewinnung neuer Mitglieder. Was in Berlin und Breslau möglich war, eine erhebliche Zunahme der Mitglieder, muß auch in anderen Gauen möglich sein. Zugegeben, die Verhältnisse sind nicht überall die gleichen, so sind sie doch beileibe nicht so verschieden, wie es die Mitgliederzahlen der verschiedenen Orte aufweisen. Gewiß können unsere Gauleiter, die größtenteils das doppelte Gebiet zu bearbeiten haben, jetzt nicht so häufig in den verschiedenen Filialen erscheinen und nach dem Rechten sehen. Darum müssen die ehrenamtlichen Funktionäre überall ihren Mann stehen und nach Kräften mit einsetzen. Besonders aber sind wir jetzt auf die Rührigkeit jedes einzelnen Mitgliedes angewiesen.

Es ist uns auch berichtet worden, daß hier und da aus dem Feld zurückgekehrte Kollegen gleichgültig geworden sind und „erst mal abwarten wollen, bis Frieden ist“. Wir alle sehnen den Frieden herbei, und die revolutionären Märzestürme in Rußland, die den Zaren und seine Sippen vom Thron setzten, geben uns erneut einen Hoffnungsschimmer, daß doch noch das fürchterliche Frühjahrsmassenmorden vermieden werden könnte. Aber niemand kann mit Bestimmtheit sagen, wann die losgelassene Kriegstürme nicht mehr rast, und es wäre das Allerdümmste für die Arbeiter, bis dahin die Organisationsarbeit aufzugeben. Darum möchten wir allen Militärentlassenen besonders eindringlich nahelegen, die Kameradschaft auch im Organisationsrahmen zu betätigen. Ja, der Kontakt muß mit den Kollegen im Felde aufrechterhalten werden. Viele Filialen senden bereits seit Kriegsbeginn den interessierten Mitgliedern die „Gewerkschaft“ ins Feld. Auch die Frauen der Eingezogenen sollten mindestens hin und wieder unser Verbandsorgan ihrem Briefe beilegen. Es wird sicher mit mehr Aufmerksamkeit gelesen, als die zwar begreiftlichen, aber ewig wiederholten lamentationen über die Ernährungsschwierigkeiten.

Wenn es den meisten Filialen auch nicht möglich sein wird, die „Gewerkschaft“ regelmäßig ins Feld zu senden, so kann doch in größeren Abständen die Uebersendung erfolgen, soweit Adressen vorhanden sind. Wir sollten auch hier die Verbindung aufrechterhalten, damit wir später nicht von vorne anfangen müssen!

So stellt uns das Frühjahr vor neue Aufgaben. Lange genug haben wir in diesem Jahr des Winters harte Mähdarbeiten ertragen müssen. Nun, da Frühling werden will, reicht einiges von dem schweren Druck, die Menschenseele wagt wieder zu hoffen, und auch wir wollen trotz der schweren Zeit nicht verzagen, sondern

in reger Werbearbeit den Tag nützen!

Außerordentliche Steuerzulage in Hamburg.

Neben der den Beamten, Angestellten und Arbeitern des hamburgischen Staates bewilligten Steuerzulage (die vom 1. Januar 1917 an 1 Mk. den Tag bei Tagelohn, 6 Mk. die Woche bei Wochenlohn und 24 Mk. den Monat bei Monats- oder Jahreslohn für Verheiratete und je die Hälfte davon für Ledige beträgt, nebst Kinderzulagen im Betrage von 6 Mk. für ein Kind und 5 Mk. für das zweite und jedes weitere Kind, mithin im ganzen für Verheiratete mit einem Kind 30 Mk., mit zwei Kindern 35 Mk., mit drei Kindern 40 Mk. usw.), haben Senat und Bürgererschaft eine einmalige Kriegsteuerzulage beschlossen.

Die Grundzüge, nach denen die einmalige Zulage gewährt wird, sind für Beamte und für Angestellte und Arbeiter bereits festgelegt; sie sind aber in allen wesentlichen Einzelheiten übereinstimmend und bringen wir deshalb nur die für Angestellte und Arbeiter geltenden hier zum Ausdruck; sie lauten:

Die im unmittelbaren Staatsdienst beschäftigten Angestellten und Arbeiter, deren Erwerbstatigkeit durch das Dienstverhältnis zum Staat vollständig oder hauptsächlich in Anspruch genommen ist, erhalten, unabhängig von der durch Senatsbeschluss vom 11. Januar 1917 getroffenen Kriegsbeihilfe eine einmalige Kriegsteuerzulage nach folgenden Grundzügen:

1. Die Zulage wird gewährt Angestellten und Arbeitern, deren regelmäßige Gehalts- oder Lohnsätze (ohne Ueberstundenlohn oder sonstige Vergütungen) auf das Jahr berechnet 500 Mk. nicht übersteigen, wenn sie Familienangehörigen Wohnung und Unterhalt gewähren und am 1. Januar 1917 seit mindestens drei Monaten in einem Anstellungsverhältnis leben.

Die Zulage wird solchen Anachisten und Arbeitern, die zum Kriegsdienst einberufen sind, nur gewährt, wenn sie mehr als zwei Kinder zu unterhalten haben und auf Grund des hamburgischen Gesetzes vom 7. August 1911 Lohnfortzahlung und daneben weniger als die Hälfte eines Unteroffiziers erhalten und beträgt in solchem Falle für das dritte und jedes weitere Kind 30 Mk. Die Zulage wird nicht gewährt, wenn die Angestellten oder Arbeiter von ihrem Truppendienst zur Arbeit in einem mit Kriegslieferungen beschäftigten Betriebe zurückgestellt sind und aus dem Kriegsdienst für die Dauer der Zurückstellung entlassen sind, sofern solchen Angestellten und Arbeitern die bei den Bewährungen in der Heimat gewählten heimischen Gebietsstellen beschäftigt werden oder in den Dienst des Reiches oder anderer Bundesstaaten abberufen sind und über ihre Friedensbezüge hinaus bereits Zulagen erhalten.

2. Die Zulage beträgt unabhängig der Bestimmung unter 1. wenn der Ehegatte am 1. Januar 1917 seit mindestens einem Jahre im Dienst oder Arbeitsverhältnis zum Staate gestanden und keine Kinder zu unterhalten hat, 60 Mk., ein Kind 90 Mk., zwei Kinder 120 Mk., drei Kinder 150 Mk., vier Kinder 180 Mk., fünf Kinder zu unterhalten hat 210 Mk., bei mehr als fünf Kindern für jedes weitere Kind 30 Mk. mehr. Wenn das Dienst- und Arbeitsverhältnis am 1. Januar 1917 weniger als ein Jahr, aber mindestens drei Monate bestanden hat, so ermäßigt sich die Zulage in der Weise, daß für jeden vollen Monat ein Zwölftel vortretender Beträge berechnet wird.

Bei Unterbrechungen des Anstellungsverhältnisses können für die Berechnung dieser Kriterien die verschiedenen Beschäftigungsperioden zusammengerechnet werden, jedoch sind bei Unterbrechungen von längerer Dauer als vierzig Wochen die vor solchen Unterbrechungen liegenden Beschäftigungszeiten nicht mitzurechnen. Militärische Dienstleistungen während des Krieges gelten nicht als Unterbrechungen des Anstellungsverhältnisses.

Minder werden allgemein nur bis zum vollendeten 15. Lebensjahre, darüber hinaus bis zum vollendeten 18. Lebensjahre nur dann berücksichtigt, wenn sie ohne nennenswertes Einkommen sich noch in Schul- oder Berufsausbildung befinden oder aus sonstigen wichtigen Gründen Gesundheitszustand des Kindes oder der Eltern usw. einem Erwerb nicht nachgeben können. Als Kinder gelten grundsätzlich nur eheliche, legitimierte und an Kindesstatt angenommene Kinder. Die Behörden werden jedoch ermächtigt, auch andere Kinder der genannten Altersstufen und sonstige Verwandte gleich Kindern zu berücksichtigen, wenn glaubhaft gemacht ist, daß deren Unterhalt aus dem Gehalt oder Lohn eines Angestellten oder Arbeiters tatsächlich bestritten wird.

3. Für die Voraussetzungen und die Berechnung der Zulage ist der 1. Januar 1917 zugrunde zu legen. Solche Angestellte und Arbeiter, für welche einer der in Ziffer 1 Absatz 2 bezeichneten Ausschließungs- oder Einschränkungsgründe erst nach dem 1. Januar 1916 eingetreten ist, werden so behandelt, als wenn am 1. Januar 1917 ein Ausschlüßungs- oder Einschränkungsgrund nicht vorhanden hätte.

4. Zum Ersatz der von Vätern erhaltenen Anzahl- und Alters-, bezw. Gehalt oder Lohn den Höchstbetrag von 500 Mk. über-

steigt, die aber, wenn ihr Gehalt oder Lohn 500 Mk. beträgt, einschließlich der einmaligen Zulage mehr als den Betrag ihres tatsächlichen Gehalts oder Lohnes erhalten wurden, dessen Höchstbetrag als einmalige Zulage.

Die Vorlage, nach welcher diese Bestimmungen beschlossen wurden, enthält ferner den Antrag: Ledige Angestellte und Arbeiter mit einem Gehalt oder Lohn bis zu 2000 Mk. erhalten eine Zulage von 40 Mk. Dieser Tag wurde geschlossen; es wurde aber eine Kommission eingesetzt, die prüfen soll, nach welchen besonderen Voraussetzungen Ledigen eine einmalige Zulage zu gewähren ist.

Uns hat sehr berührt, daß die Kinderzulage, 30 Mk. für ein Kind, bei den Kindern der im Kriegsdienst stehenden Angestellten und Arbeiter erst dann eintreten soll, wenn eine Familie mehr als zwei Kinder zählt, und sie dann auch nur für die sonstigen Kinder, also für das dritte Kind 30 Mk., bei vier Kindern 60 Mk., bei fünf Kindern 90 Mk. usw. gegeben wird. Die Kinderzulage von je 30 Mk. für jedes Kind hätte für sämtliche Kinder der Kriegsfamilien bewilligt werden müssen.

Den pensionierten Beamten soll, wenn sie sich in Not fühlen, auf ihren Antrag an ihre frühere Beschäftigungsbehörde eine besondere Zulage gewährt werden; der Senat beschließt dann darüber. Unsere alten invaliden Mitglieder, die Versorgungskassenrentner sind, werden denselben Weg einschlagen haben; ihre Argumente begründen ohne weiteres die Bedürftigkeit.

Die Städte Altona und Bergedorf haben ihren städtischen Beamten, Angestellten und Arbeitern eine einmalige Kriegsteuerzulage, nach denselben Grundzügen, wie für die Angestellten des hamburgischen Staates maßgebend, bewilligt. Die Zulagen wurden bereits ausgezahlt.

Förderung des Kleinwohnungswesens.

Neben der Sorge für Raum und Siedlung spielt die Sorge für eine Wohnung im dem Leben der Stadtarmen eine sehr wichtige Rolle. Während unsere Verhältnisse, die Tiermenschen, in Erdhöhlen haften und überall dort Unterschlupf suchten, wo sich ihnen Schutz bot, seien die Hütten der Wälder, während die Nomaden mit ihren Herden und auch die Häupter vieler abeliger Völker durch die Wälder, finden wir an der Schwelle der Kulturmenschen die Zehnhütten und den Wohnbau. Nach der geschichtlichen Sage liegt eine fremdländische Götter von den Höhen des Olimpos herab zu den Menschen und lehrte sie den Ackerbau und die Herstellung feiner Wohnungen. Sie machte die Menschen erst zu Menschen, indem sie nach dem Ferkelwort am Ende, die feste Hütte wandelte das bewegliche Holz. Nach heute noch wie in den Tagen des alten Roms erscheint uns der heimische Herd als das Zentrum eines menschlichen Zusammenlebens und mit Bedauern bilden wir auf jene armen Menschen, die gezwungen sind, ein kümmerliches Leben zu führen, weil sie nirgend ein gemüthliches Heim und eine dauernde Stätte des Lebens finden. Nach der geringsten Vermuthung ist es, den wir dem ausbeuterischen Kapitalismus machen, der es zahllose Proletarier von ihren Mutterboden losreißt und heimatlos macht. Man braucht nur in die Großstädte zu schauen und in die Industriebezirke, um die Schrecken jener modernen, proletarischen Sigeuner zu sehen, die in kurzen Abständen ihren Wohnort oder ihre Wohnung wechseln müssen, so daß sie keine Heimat mehr haben. Diese Opfer des großstädtischen Wohnungselends sind wohl die traurigsten Erscheinungen der Gegenwart und sie lassen uns am deutlichsten erkennen, welchen hohen wirtschaftlichen und sozialen Wert eine gute Wohnung für die Gesundheit und das Wohlbefinden eines Menschen und einer Familie hat. Darum ist die Wohnungsfrage eine solche höchwichtige Angelegenheit für jedes Volk, das auf den Namen eines Kulturvolkes Anspruch erhebt, ganz abgesehen davon, daß auch zahlreiche Menschen und Erwerbszweige an der Herstellung der Wohnungen ein berufliches und geldliches Interesse haben. Nach der Zahl der Personen, die mittelbar oder unmittelbar dafür tätig sind, überschreitet das Gewerbe unter sämtlichen Erwerbsgruppen an erster Stelle. Man kann es also sehr wohl verstehen, daß sich die Arbeiterklasse aller Volkstheile auf die Lösung der Wohnungsfrage richtet und daß überall das Bemühen vorhanden ist, auf diesem Gebiete gesunde Verhältnisse zu schaffen.

Eben vor dem Auge war die Beseitigung des Wohnungselends als eines der dringlichsten Aufgaben der Sozialpolitik anerkannt, und es hat nicht an Forderungen und Bemühungen gefehlt, die eine Reform unseres Wohnungswesens eintreten. Nach dem Krieg wurde die Wohnungsfrage erst recht vordringend wertvoll. Wenn unsere Länder heutzutage, wie wir alle wissen, dem Lehren aus dem Larm der Zehnhütten und den Entbehrungen der

schweren Kriegszeit, so sollen sie eine Heimat finden, in der sie sich heimlich fühlen können. Hierzu ist die Regelung und Befundung der Wohnungsverhältnisse eines der besten Mittel. Es wäre nicht nur eine Un dankbarkeit des Vaterlandes, sondern auch eine schlimme Schädigung der Volksgesundheit, wenn die große Masse des Proletariats nach wie vor wieder unter dem Wohnungseld zu leiden hätte. Dann würde jenes Wort des edlen altrömischen Sozialreformers Livius Gracchus auch für uns zur Wahrheit werden, das er den Besitzenden ins Anliß schickte: „Der römische Proletarier hat kein Vaterland. Die Männer, die für Rom's Ehre auf den Schlachtfeldern gebüht haben, irren obdachlos im Lande umher und haben keine Stätte, wohin sie das Haupt legen können. Geht dem Proletarier ein Heim, wo er sich wohl fühlen kann, und er wird auch sein Vaterland lieben.“ Damit es bei uns nicht so wird wie im alten Rom, hat die Gesellschaft die heilige Pflicht, den Vau geänder Wohnungen tatkräftig in Angriff zu nehmen. Obendrein hat sie auch noch das lebhafteste Interesse an der baldigen und umfassenden Lösung dieser Aufgabe, weil es wesentlich darauf ankommt, für eine starke Volksvermehrung zu sorgen, um die Lücken wieder auszufüllen, die der furchtbare, mörderische Krieg in die erwerbstätige Bevölkerung gerissen hat. Es ist ja völlig ausgeschlossen, daß ein proletarischer Familienvater einen reichen Amdersagen wünschen kann, wenn er gezwungen ist, in einer engen, ungesunden Wohnung zu hausen. Die Wohnungsreform ist ohne Zweifel der Angelpunkt der Bevölkerungssfrage und diese kann nicht gelöst werden, wenn jene nicht durchgeführt wird.

Besonders für die Arbeiterklasse hat das Wohnungsproblem eine große Bedeutung. In der großstädtischen Arbeiterbevölkerung ist in den letzten Jahren der Sinn für ein geordnetes Familienleben augenscheinlich im Wachsen begriffen, und der Wunsch, ein gemütliches Heim zu haben, macht sich stärker als früher bemerkbar. Welche Bedeutung ein solches Streben in wirtschaftlicher, sittlicher und gesundheitlicher Beziehung für das Proletariat hat, vermögen nur jene unwillkürlichen Elemente nicht zu verhehlen, die sich noch heute in den auszuführenden Geleisen des Vertraditionalismus der Anfangszeit unserer Arbeiterbewegung loszuplöhen. Ein Realpolitiker und Sozialist weiß, daß der Weg zu den Höhen des Sozialismus nicht durch die Niederungen des Menscheneleids geht, sondern daß er von Stufe zu Stufe emporsteigt durch eine materielle, geistige und sittliche Hebung der Massen. Und da diese Hebung wesentlich mit auf der Hebung unserer Wohnungsverhältnisse beruht, so steht für ihn die Wohnungsfrage im Mittelpunkt seines Interesses. Darum richtet er seine Anträge gegen Staat und Gemeinden, daß sie bislang ihrer Pflicht auf diesem Gebiete kräftlich nachzukommen haben, und er sucht ihre Geleisen zu brechen. In dieser Stellungnahme läßt

er sich auch nicht beirren durch die Schwierigkeiten, die sich der Lösung dieser Frage entgegenstellen, und durch die Kosten, die sie verursacht, denn er hat die feinsinnige Ueberzeugung, daß es sich hier um das Wohl und die Zukunft unseres Volkes handelt. Soll unser Volk die Schäden des Weltkrieges überwinden, und den bisherigen Kulturauflieg weiter fortsetzen, so muß es sozialistisch denken und handeln lernen. Und in der Sache sozialistischer Maßnahmen bildet der Wohnungssozialismus ein wichtiges Glied.

Erfreulicherweise wächst die Einsicht in die Bedeutung der Wohnungsfrage für die Volkswohlfahrt in allen Kreisen. Als Beweis hierfür mag der „Gesetzentwurf zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse“ dienen, den die preussische Regierung, die bislang nicht gerade im Auge des sozialen Fortschritts stand, neuerdings dem Landtage zur Beratung und Annahme vorgelegt hat. In der Begründung heißt es, daß die Regelung der brennenden Wohnungsfrage nunmehr unaufschiebbar geworden sei; nach den schweren Verlusten, die der Krieg unserm Volke gebracht habe, halte die Regierung die Herstellung von Kleinwohnungen allgemein und ohne Begrenzung auf einen Personenkreis für eine wichtige Aufgabe. Es genüge nicht, einzelnen Baugenossenschaften Staatsdarlehen zu geben, es sei vielmehr erforderlich, den Staat unmittelbar bei der Begründung solcher Genossenschaften mit Geldmitteln zu beteiligen. Auf diese Weise würden kapitalkräftige Bauvereinigungen entstehen, die infolge harter eigener Mittel leistungsfähiger seien, als solche ohne genügendes Eigenkapital. Es könne auch erwartet werden, daß sich der Staat mit Gemeinden und Kommunalverbänden zu Bauvereinigungen zusammenschließen zur Förderung des Kleinwohnungswekens. Zur Erreichung dieses Zweckes soll der Regierung die Summe von 20 Millionen Mark zur Verfügung gestellt werden, mit der sie sich an den Bau genossenschaften beteiligen kann. Außerdem wird in dem Gesetzentwurf eine Summe von jährlich 10 Millionen auf 10 Jahre, also insgesamt 100 Millionen Mark, gefordert, wofür der preussische Staat die Bürgschaft für zweite Hypotheken übernehmen will, die den Bau genossenschaften von anderer Seite gegeben werden. Alles in allem genommen, beweist der Staat dadurch, daß er die unmittelbare Förderung des Kleinwohnungswekens als eine wichtige Zukunftsaufgabe betrachtet. Hierzu kommt dann noch eine zeitgemäße Reform der Bauordnung und Bauordnungen, die Minderleistung des Wohnungsbedürfnisses der Unterschichten und die die private Vaulust fördern soll. Endlich soll noch kürzere getrocknet werden für eine sachgemäße Wohnungsaufsicht, die durch neu zu schaffende Wohnungsämter ausgebaut werden soll. Diese Aufsicht soll sich auf die Errichtung und Instandhaltung der Wohnungen, auf ihre bauliche Beschaffenheit usw. erstrecken.

Frühgemüse- und Hülsenanbau im Freiland.

Ein erheblicher Teil unserer Kollegen hat einiges Land gepachtet, um sich selber mit Gemüse, Hülsenfrüchten und Obst zu versorgen. Die ungeheuerlichen Preissteigerungen für Bodenprodukte usw. haben in den beiden letzten Kriegsjahren ein solches Tempo angenommen, daß die zum Teil berechtigten Bedenken gegen die erhebliche Ueberarbeit, die so ein kleines Feldgelände macht, dagegen nicht aufkommen. Verschiedene Städte haben auch ein Uebrigtes getan und unseren Kollegen gratis oder zu ermäßigtem Preise Gartenland zur Verfügung gestellt. Wir möchten allen diesen „Kolonisten“ hierzu einige Ratichläge und Winke zum sachgemäßen durchgeführten Anbau unterbreiten, die einem Artikel des Herrn E. Kaum im „Vommerischen Gartnerblatt“ entnommen sind. Es dürfte zweckmäßig sein, den Artikel aufzubewahren zur wiederholten Beachtung.

Die Redaktion.

Der Frühgemüsebau im Freiland war bisher in vielen Gegenden unseres deutschen Vaterlandes nicht bekannt. Jetzt sind wir aber genötigt, uns mit ihm zu beschäftigen, um die fehlende Einfuhr zu ersetzen. Auch ohne Krieg wäre der Frühgemüsebau einer allgemeinen Verbreitung wert. Beim Frühgemüsebau handelt es sich besonders um den Massenbau von Frühkartoffeln, Möhren, Kohlrabi, Erbsen und Bohnen; in zweiter Linie erst um Spinat, Kopfkohl usw. Frühgemüse wird in diesem Jahre besonders leicht verwertbar sein und man wird von dem Boden darum eine sehr hohe Rente erzielen. Allerdings kann nicht ohne weiteres jedes Stückchen Garten- und Ackerland verwendet werden. Die geschickte Auswahl der Boden- und Lageverhältnisse verbürgt allein den Erfolg.

Der Boden muß frisch, locker und tiefgründig sein! Am besten eignet sich zum Frühgemüsebau humoser Sandboden, da dieser tiefgründig und durchlässig zugleich ist. Auch guter Humusboden ist dazu besonders geeignet. Dieser Boden verliert nämlich schnell die

übermäßige Winterfeuchtigkeit und wird warm. Besonders vorteilhaft ist der Anbau von Frühgemüse da, wo der Sand leicht gegen Norden geneigt ist. Auch da, wo der Garten auf der Ost-, West- oder Nordseite durch Gebäude, größere Hecken, Bretterzäune und dergleichen geschützt ist, sind die erforderlichen Bedingungen an gute Lage erfüllt. Diese günstigen Lageverhältnisse müssen noch durch Schutzvorrichtungen gegen kalte Nächte und Risse erhöht werden. Das zur Frühgemüsezeit verwendete Land muß auf 35 Zentimeter Tiefe umgebrochen werden. Man düngt den mit 8 Zentner Mist (kleinere Parzellen entsprechend geringer.) Vor dem Umgraben im Frühjahr streut man noch auf einen Ar 4 Kilo Superphosphat und 4 Kilo 40prozentiges Kalisalz. Da es in diesem Jahre an Chilisalpeter fehlt, muß man sich mit Jauche behelfen, die man verdünnt als Düngung an trüben und regnerischen Tagen anwendet. Da durch die Jauchebündung das Gemüse sehr stark getrieben wird, wird es schwammig und ungeschmackhaft. Die Kartoffeln setzen bei Jauchebündung wenig Knollen, die Erbsen und Bohnen aber wenig Schoten an. Ein vorzüglicher Dünger ist der Perugano, den man zur Hälfte untergräbt, zur andern Hälfte beim Säen oder Pflanzen verwendet. Als Kopfbündung kann schwefelloses Ammoniak verwendet werden. Bei Frühkartoffeln gibt man drei Finger voll in das Pflanzloch, doch so, daß die Kartoffel nicht von dem Düngstoff berührt wird. Die andern Gartengewächse erhalten die erste Gabe bald nach dem Aufgehen, also noch vor dem ersten Hacken und Schaufeln. Der Dünger wird behutsam an die Reihen gestreut. Die Pflanzen dürfen nicht berührt werden. Durch Hacken wird der Düngstoff in den Boden gebracht, wo er durch Feuchtigkeit und Wärme zerfällt wird. Dasselbe Verfahren wiederholen wir beim zweiten Hacken. Will man Kiefernfrüchte erzielen, so gibt man noch eine dritte Gabe. Von Mitte August ab wird die Düngung unterlassen. Bei Bohnen gieße man in die Pflanzlöcher Jauche und pflanze dann erst die Bohnen, denn besonderer Weise vertragen die Bohnen vor dem Pflanzen die

Die Vertreterkonferenz der Baugewerkschaftsverbände, die vor kurzem getagt hat, hat ihre rückhaltlose Zustimmung zu den Absichten der preussischen Regierung erklärt, hält aber statt der Bürgschaftsübernahme eine stärkere Bereitstellungbarer Geldmittel für wünschenswert. Auch war sie der Meinung, daß in dem Geiste die Ueberlegenheit der Genossenschaften über andere Bauvereinigungen zum Ausdruck gebracht werden müsse, da die genossenschaftliche Organisationsform, die auf dem Grundsatz der Selbsthilfe und der Selbstverwaltung beruhe, in sozialer und sittlicher Beziehung große Vorzüge aufweise gegenüber anderen Organisationsformen und auch größere Erfolge erzielt habe als jene. Sodann wird noch der Gedanke angeregt, ob es nicht auch die Aufgabe des Staates sei, durch eine gesunde Bodenpolitik die Befahrung des notwendigen Pflanzlandes zu erleichtern. Auch der preussische Städtetag und der Deutsche Verein für Wohnungsreform haben grundsätzlich die Bestimmungen des Gesetzesentwurfs gebilligt, wenn sie auch darin auseinandergehen, daß ersterer einer Beschränkung der städtischen Selbstverwaltung widerstrebt, während letzterer den Organen des Staates am liebsten noch ein weitergehendes Mitbestimmungs- und Aufsichtrecht einräumen möchte.

Im unerschrockenen Gegenfahre zu den Anhängern einer vernünftigen Wohnungsreform macht sich auch ein starker Widerspruch bemerkbar. Zunächst erschien der Schupferverband für deutschen Grundbesitz, die Interessenvertretung der Grundstücksinhaber und Hausagrarien, auf dem Plane und verdonnerte den Gesetzesentwurf in Grund und Boden. Er legte rundweg, daß eine Wohnungsnot bestünde und nach dem Kriege bestehen werde, und vor allen Dingen bestritt er dem Staate das Recht, die gemeinsame Tätigkeit durch Vereinnahmung von Geldmitteln und durch Uebernahme von Tätigkeiten zu unterstützen. Es werden hier die alten, schon hundertmal widerlegten Scheingründe vorgebracht, denen man eine unbedeute Ehrer anräte, wenn man ernstlich auf sie einging. Auch der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe wendet sich gegen den Gesetzesentwurf, dem er zum Vorwurf macht, daß er ein weit über das Ziel hinauschießendes staatliches Eingreifen erhebe. Den politischen Organen werde der Weg zu den inneren Familienverhältnissen geöffnet und die in Aussicht genommene behördliche Ueberwachung des Bau- und Wohnungswesens sei dazu angetan, den Geldleuten die Herstellung von Kleinwohnungen zu erleichtern, weil letztere dadurch zu teuer würden und keinen Gewinn mehr brächten. Das besagt also, daß das Geldbesitzerinteresse der Kapitalisten über das Allgemeinwohl gesetzt wird. Intuitiv erblicken die Herren vom Bau in der staatlichen Förderung des Kleinwohnungswesens eine unliebsame Verantwortlichkeit und eine unerwünschte Konkurrenz. Als dritter Gegner

der Wohnungsreform macht sich dann noch, wie nicht anders zu erwarten, das bekannte Scharfmacherum bemerkbar. Die „Deutsche Arbeitszeitung“ reitet eine schneidige Attacke gegen den Wohnungssozialismus, der wieder einen weiteren Schritt zum sozialistischen Zukunftsstaat bedeute und als ein gefährliches staatssozialistisches Experiment bezeichnet werden müsse. Es hat keinen Wert, auf eine Widerlegung dieser „ollen Kamellen“ einzugehen, denn dazu ist der Raum unserer Zeitung zu schade.

Wie bei jedem Versuche, dem arbeitserischen Kapitalismus die Krallen zu beschneiden und die Volkswohlfahrt zu fördern, zeigt sich auch auf dem Gebiete der Wohnungsreform ganz deutlich eine Scheidung der Geister. Die Geldbesitzerinteresse, die Allgemeininteresse lautet die Parole. Und da muß sich denn ausweisen, welche Kräfte in unserem deutschen Vaterlande die stärksten sind. Verhängnisvoll wäre es, wenn der Geist der Selbstsucht den Sieg davontrögen sollte über den Geist des Sozialismus.

♦ Aus Politik und Volkswirtschaft ♦

Die deutsche Konsumgenossenschaftsbewegung in den beiden ersten Kriegsjahren. Nach den vom Jahresbericht des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine angefertigten Ermittlungen hat sich die Zahl der deutschen Konsumvereinsmitglieder in den beiden ersten Kriegsjahren von 2.400.000 auf 2.750.000 erhöht. Hieran kommen auf den Zentralverband deutscher Konsumvereine 2.052.139. An den fehlenden rund 700.000 Mitgliedern ist der Allgemeine Verband der deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften mit etwa 325.000 Mitgliedern beteiligt. Die Zahl der vorhandenen Konsumgenossenschaften betrug Ende 1916 2376. Davon kommen auf den Zentralverband deutscher Konsumvereine 1077, auf den Allgemeinen Verband der deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften 276. Die verbleibenden reichlich tausend Konsumgenossenschaften sind jene, die keinem der beiden genossenschaftlichen Zentralverbände angeschlossen sind. Da diese nur etwa 375.000 Mitglieder haben, so ergibt sich daraus, daß die Mehrzahl dieser Genossenschaften kleine und kleine Genossenschaften sind, die für die konsumgenossenschaftliche Entwicklung nur geringe Bedeutung haben.

Eine verhältnismäßige Berechnung ergibt für die Entwicklung der deutschen Konsumgenossenschaftsbewegung in den beiden ersten Kriegsjahren folgendes Bild:

	1914	1915	1916
Zahl der Konsumvereine . . .	2.418	2.400	2.576
Zahl der Mitglieder . . .	2.400.000	2.550.000	2.750.000
Umsatz im eigenen Geschäft	686.334.400	676.056.650	773.692.700
Darvon Eigenproduktion . . .	131.328.070	145.531.150	135.112.500
Geschäftsumsatz der Mitgl.	46.401.800	48.628.700	62.437.600
Erwerbs aller Art . . .	25.680.000	40.314.650	43.925.700
Sparanlagen u. Hausanteile . . .	105.026.400	108.030.750	126.453.200

Die Zahl der deutschen Konsumgenossenschaften ist während der beiden ersten Kriegsjahre zurückgegangen. Dieser Rückgang ist

stärkste Ursache sehr gut. Vor der Saat oder Pflanzung muß das Land, sie sind dagegen für Solidierung sehr empfänglich. Sie können Land oberflächlich gelockert werden. Besonders zu empfehlen ist häufiges Hacken. Dadurch wird der Boden nicht nur unkrautrein, sondern auch locker gehalten — eine Hauptvorbedingung bei der Frühgemüsekultur.

Frühkartoffeln: Frühe Rosen, Kaiserkrone sind die besten Sorten. Um recht frühe Speisestoffeln zu erhalten, werden die Knollen in einem hellen, warmen Raum, nicht im kalten Keller, vorgezogen. Man benutze dazu die Küche. Die Knollen werden in flache Kästen mit der Spitze nach oben gestellt. In einem Kasten dürfen höchstens zwei Schichten Kartoffeln lagern. In etwas 14 Tagen werden die Augen gleichmäßig ausgetrieben sein und dicke, kurze, violette Triebe angelegt haben. Diese vorgekeimten Knollen, deren Keime nicht länger als fingerlang sein dürfen, da sie sonst leicht ausbrechen, werden im April ausgepflanzt. In südlichen Lagen richtet man an Gebäuden, Mauern oder Pflanzen ein 1 Meter breites Beet mit gut gedüngter Erde her. Um die Erde zusammenzuhalten, umgibt man das Beet mit schmalen Brettern. Mit dem Spaten werden die Kartoffeln mit den Keimen nach aufwärts eingeseigt und leicht mit Erde bedeckt. Die gekeimten Kartoffeln müssen beim Aussetzen recht weils sein. Bei vorkommenden Frösten und kalten Winden deckt man das Beet mit Schilf- oder Strohmatte. Einfacher ist es, gut geöltes Papier auf leichte Holzrahmen zu nageln, die ohne Schaden tagelang über dem Beete liegen können, da sie lichtdurchlässig sind. Vor einem Schafstall zog ich zwei Reihen Frühkartoffeln (Kaiserkrone) und fünf Reihen Erbsen (Wunder von Amerika) in vorzüglicher Beschaffenheit. Gegen das Erkranken können die jungen Triebe auch wiederholt mit Erde bedeckt werden, da sie leicht durchwühlen. Auf diese Weise erhalten wir Frühkartoffeln schon in der dritten Juniwoche, spätestens aber im Juli.

Karotten: Für Frühkultur eignen sich ganz besonders Pariser

Markt und Mannheimer Markt. Empfehlenswert sind außerdem halblange von Rantaise. Die Karotten vertragen kein frisches gedüngtes schon im Januar gesät werden. Der abgeriebene Samen ist besonders empfehlenswert. Damit die Wöhren nicht zu dicht stehen, vermischt man den Samen reichlich mit Sand. Der Wöhrensamens feint langsam, darum muß das Beet oft gehackt und unkrautrein gehalten werden. Damit dies möglich ist, sät man nur in Reihen und vermischt den Samen mit dem schnell aufgehenden Radiesensamen. Die Reihenentfernung beträgt 2 Zentimeter.

Kohlarten: Für Kohlarten — ausgenommen Kohlrabi und Blumenkohl — ist es empfehlenswert, die Pflanzen schon im Herbst soweit heranzuziehen, daß sie 5 bis 6 Blätter bilden können. Die Aussaat erfolgt Mitte August. Muß man heurige Pflanzen setzen, dann wähle man nur frühe Sorten, zum Beispiel früher Dittmarfcher Weißkohl, Rotkohl: „Schwarzkopf“; Wirling: Eisenkopf, früher traurer Bamberger; Kohlrabi: weißer Wiener Stastohlrabi. Wird im Frühjahr der Same angezogen, so muß dies im kalten Mistbeet geschehen. Der Same muß dünn gesät werden. Der Kohl ist ein Fresser und verlangt darum feuchten und lehmigen Boden. Die Pflanzen, die an den Wurzeln Verwicklungen zeigen, dürfen nicht gepflanzt werden, denn diese Verunstaltungen rühren vom Kohlgallenrührer oder von der Kohlhernie her. Ueberhaupt soll das Stohlbeet tüchtig mit Bauschutt, Stall usw. gedüngt werden, denn nur so entwickeln sich die Kohlpflanzen schnell und freudig. Weißkohl braucht eine Entfernung von 60 Zentimetern, Wirling eine solche von 40 Zentimetern, Kohlrabi kann sehr eng stehen, weil er wenig Laub entwickelt und schon jung geerntet wird.

Spinat: Die Frühjahrsstaaten bringen nie volle Ernten, da der Spinat leicht aufschließt. Er muß darum im August und September gesät werden. Die Märzsaaten entwickeln sich nicht mehr so gut. Der Spinat, der große Blätter entwickelt, wird möglichst dünn gesät. Die Reihen müssen 25 Zentimeter entfernt sein. Spinat ver-

jedoch nur zum kleinen Teil eine Folge der Kriegsumstände. Er ist vor allem darauf zurückzuführen, daß aus Gründen eines tatkräftigen genossenschaftlichen Fortschritts im Zentralverbande deutscher Konsumvereine das Streben besteht, kleine Konsumgenossenschaften mit benachbarten größeren zu verschmelzen und diese zu Bezirkskonsumvereinen auszubauen. Die Mitgliederzahl der Konsumgenossenschaften ist seit dem 24. Millionen auf 2,75 Millionen. Die Zunahme ist verhältnismäßig stärker als in den letzten Jahren vor dem Kriege. Der Umsatz im eigenen Geschäft zeigt im ersten Kriegsjahr einen kleinen Rückgang von 685,3 Millionen Mark auf 677,7 Millionen Mark. Dieser Rückgang ist darauf zurückzuführen, daß viele Hunderttausende der kaufkräftigsten Konsumenten zu den Fahnen eingezogen wurden, und daß deren Konsumkraft ausfiel. Das zweite Kriegsjahr bringt eine Erhöhung des Umsatzes von 677,7 Millionen auf 773 Millionen Mark, also um nahezu 100 Millionen Mark. Diese Erhöhung ist zum größten Teil auf die Erhöhung der Warenpreise, die namentlich im zweiten Kriegsjahr einsetzte, zurückzuführen. Doch ist auch zu berücksichtigen, daß ein weiterer Anstieg von weiteren Hunderttausenden kaufkräftiger Konsumenten stattfand. Es ist ferner zu berücksichtigen, daß durch die Rationierung der Lebensmittel der Bezug eines jeden einzelnen bedeutend eingeschränkt ist. Viele Waren, die früher einen wesentlichen Teil des Umsatzes der Konsumvereine ausmachten, sind ganz aus dem Handel verschwunden. Der Wert der in eigenen Produktionsbetrieben der Konsumgenossenschaften hergestellten Waren erhöhte sich im ersten Kriegsjahr von 131,3 Millionen auf 145,5 Millionen Mark, im zweiten Kriegsjahr auf 193,1 Millionen Mark. Die verhältnismäßige Zunahme der Eigenproduktion ist also noch erheblich höher als die Zunahme des Umsatzes, trotz der vielfachen Einschränkungen und des Mangels an Rohmaterialien. Die Stärkung der Materialkraft der Konsumvereine machte in den beiden Kriegsjahren weitere erhebliche Fortschritte. Die Summe der Geschäftsausgaben der Mitglieder betrug von 46,4 Millionen auf 52,4 Millionen Mark, die Summe der Erbsen aller Art von 35,6 Millionen auf 43,9 Millionen Mark. Das eigene Kapital erfuhr somit eine Zunahme von 82 Millionen auf 101,3 Millionen Mark, also um 14,3 Millionen Mark oder um 17 Proz.

◆ **Aus den Stadtparlamenten** ◆

Danzig. Die Stadtverordnetenversammlung vom 20. März beschloß u. a. eine Erhöhung der minderzulage für die häuslichen Arbeiter. Die Minderzulage der seit drei Monaten bei der Stadt handig beschäftigten, verheirateten häuslichen Arbeiter soll nach einem Antrage des Magistrats vom 1. April d. J. an von 5 Mk. auf 15 Mk. monatlich für jedes im Haushalt befindliche eigene Kind unter 14 Jahren erhöht werden. Diese Zulage soll auch für die Kinder über das 14. Lebensjahr hinaus, höchstens aber bis zum vollendeten 18. Lebensjahre gewährt werden können, die sich noch in Schul- oder Berufsausbildung befinden oder die aus sonstigen wichtigen Gründen einem Gewerbe nicht nachgehen können.

Stadt. N. i. h. hält den Betrag von 15 Mk. für zu wenig, er stellt den Antrag, diese Zulage für diejenigen Kinder, deren Vater im K. i. e. sind, auf 25 Mk. zu erhöhen. Oberbürgermeister Scholz sagt Prüfung dieses Antrages zu. Die Vorlage wurde angenommen.

Wonsheim 6. Mainz. (Erhöhung der Teuerungszulage.) Ende Januar richtete die Gauleitung von Frankfurt a. M. an die Bürgermeisterei und den Gemeinderat in Wonsheim eine Eingabe, in der um Erhöhung der Teuerungszulage ersucht wurde. Am 10. März erhielt die Gauleitung von der Bürgermeisterei den Bescheid, daß der Gemeinderat beschlossen hat, die Teuerungszulage aller Gemeindegelöhner von 3,50 auf 6 Mk. wöchentlich, rückwirkend vom 1. Januar, zu erhöhen. Die Auszahlung ist bereits erfolgt.

Landshut. Zweck Beschaffung von Lebensmitteln an die häuslichen Arbeiter genehmigte der Magistrat die Ueberlassung von 1800 Quadratmeter Grund zur eigenen Bewirtschaftung durch die Arbeiter. Außerdem wurden 800 Mk. Zuschuß für Arbeiten und Sämereien bewilligt und die Lieferung von Warenwaren zugesagt. Anträgen ergaben, daß die Arbeiter an Stelle der Selbstbewirtschaftung eine Bewirtschaftung durch die Lichtwerte wünschen. Das Gemeindefolklorium lehnte aber die Ueberlassung an die Lichtwerte und die Mittelbewilligung leider ab und bewilligte lediglich den Grund für Selbstbewirtschaftung durch die Arbeiter. Dieser Beschluß fand die Zustimmung des Magistrats.

Leipzig. Am 14. März hat das Stadtverordnetenkollegium einer Vorlage des Rates seine Zustimmung gegeben, wonach eine Regelung der Gewährung der Kriegsteuerungszulagen in folgender Weise vorgesehen ist: Die Kriegszulage wird Verheiratheten und Beamteten bis zu einem Einkommen von 5100 Mk. gezahlt. Es erhalten Unverheirathete sowie Witwen oder Geschiedene ohne Kinder unter 15 Jahren bei einem Dienstverdienst von jährlich nicht mehr als 2000 Mk. pro Monat 10 Mk., Verheirathete mit Kindern und ohne Kinder sowie Witwen oder Geschiedene mit Kindern unter 15 Jahren bei einem Einkommen von nicht mehr als 2000 Mk. 17,50 Mk., bei mehr als 2000 Mk. aber nicht über 2850 Mk. 15 Mk., bis zu 3600 Mk. 12,50 Mk. und bis zu 5100 Mk. 10 Mk. pro Monat Kriegszulage. Außerdem wird eine einmalige Beihilfe in folgender Weise gewährt: Unverheirathete sowie Witwen oder Geschiedene ohne Kinder unter 15 Jahren 20 Mk., Verheirathete ohne Kinder unter 15 Jahren 30 Mk., Verheirathete, Witwen oder Geschiedene mit Kindern unter 15 Jahren mit 1 Kind 45 Mk., mit 2 Kindern 60 Mk., bei 3 Kindern 75 Mk., bei 4 Kindern 90 Mk., bei 5 Kindern 100 Mk. und für jedes weitere Kind 10 Mk. mehr. Die einmaligen Beihilfen erhalten nur diejenigen, die mindestens seit dem 1. Oktober 1916 nicht nur zur Kriegsausfülle im häuslichen Dienst beschäftigt sind. Neben diesen Zulagen wird noch die Kinder-Kriegszulage von 5 Mk. pro Kind und Monat auch an die Kriegsausfüller gewährt, während dieselben die einmalige Beihilfe und die Kriegszulage nicht erhalten. An Stelle der Kriegszulage ist aber eine Erhöhung der Löhne erfolgt, die der Kriegszulage von 10 Mk. gleichkommt.

langt frische Düngung. Er wächst dann sehr üppig. Mit Jauche darf er nicht getrieben werden!

Erbfien: Die besten Früherbserfien sind plattrunde Sorten, zum Beispiel Matronäin, Sagonia, Ruhm von Bieh, Grüne Folgererbse. Die Erbfien gedeihen am besten auf solchem Land, das vor zwei oder drei Jahren frisch gedüngt wurde. Auf frisch gedüngtem Land schießen sie ins Kraut und erzeugen wenig Schoten. Die Erbfien sät man Anfang März in Reihen, die 40 Zentimeter Abstand haben. Entweder sät man die Samen einzeln, wenige Zentimeter voneinander entfernt, oder je 3 auf Fingerlänge entfernt. Sie werden so tief gelegt, daß beim Abrechen keine Körner herausgefrakt werden. So sind sie vor Vogelfraß geschützt. Die jungen aufgehenden Triebe können wiederholt mit Erde bedeckt werden. Später werden sie von den Vögeln nicht mehr abgelesen, da sie einen bitteren Geschmack haben. Die hochwachsenden Sorten werden durch Reiter gestieft. Neuerdings wird ein Drahtnetz empfohlen, daß man zwischen je 2 Reihen spannt. Die Erbfien brauchen viel Licht. Es dürfen aber nur zwei Reihen nebeneinanderstehen. Die Zwischenräume zwischen den übrigen Erbfienreihen müssen einige Beete betragen, die mit niedrigem Gemüse bepflanzt werden. Man kann auch die Erbfien in Kästen vortreiben lassen. Haben sie 3 bis 4 Blätter entwickelt, dann werden sie ins Freie gepflanzt.

Bohnen: Die besten Sorten Buschbohnen sind: weiße Hinricks Niesen, Alpha, Sachs; Stangenbohnen: Phänomen, Don Carlos; Wachsbohnen: Ideal, Butter, Wachs, Mont'or. Die Buschbohnen sät man erst Anfang April nach dem Auspflanzen der übrigen Gemüsefeldlinge, 6 bis 7 Samen in Töpfe von 8 bis 10 Zentimeter tiefer Weite in gute Komposterde. Die Töpfe werden ins Mitbeet gesetzt und später nach der Abhärtung, Anfang Mai, wenn keine Froste mehr zu befürchten sind, ins freie Land gepflanzt. Werden sie ins freie Land direkt gesät, so darf das erst Anfang Mai erfolgen. Die Entfernung der Reihen beträgt 50 Zentimeter, in den

Reihen sollen die Pflanzlöcher 40 Zentimeter voneinander entfernt sein. Die Löcher sind 4 Zentimeter tief. In jedes Loch kommen 3 Bohnen. Wird enger gesät, so beschatten sich die Pflanzen gegenseitig und setzen keine Schoten an. Die Schoten müssen geerntet werden, wenn sie beim Biegen leicht durchbrechen und noch keinen Körneranfang zeigen.

Anfang bis Mitte März sät man noch Petersilie. Die Radieschen sät man vom März bis Juni. Bei Frühkulturen müssen die Beete geschützt werden. Am Rande der Beete bringt man Bretter und Erdwälle, 10 bis 12 Zentimeter hoch, an. Dadurch werden die Beete vor dem Austrocknen geschützt. Vor dem Ausfüllen düngt man mit guter Komposterde, die untergegraben wird. Die Retticharten sollten erst in der zweiten Hälfte des April gesät werden, da der Frost das Schießen der Rettiche verursacht. Auf einem 1,20 Meter breiten Gartenbeete werden 5 bis 6 Reihen gesät. Meist macht man mit dem Finger oder dem Sekholz 3 Zentimeter flache Grübchen und legt in jedes 2 Samenkörner. Salat kann schon im März gesät werden.

Das Papierfenster. Wer Frühkulturen von Radieschen, Salat, Karoffeln usw. anlegen will, muß Papierfenster haben, unter deren Schutz er viele Samen ins Freiland säen kann. Auch leisten die Papierfenster bei ausgepflanzten Gemüsen vorzügliche Dienste. Die Papierfenster bestehen aus einem Rahmen, der mit Papier überzogen wird. Der Rahmen, um handlich zu sein, muß eine Größe von 1,20 Meter x 0,80 Meter haben. Nach dem Bespannen mit Fensterpapier nagelt man über die Seitenteile der Rahmen schmale Laten. Dann wird das Papier gefirnigt und dadurch durchsichtig gemacht. Der Rahmen kommt auf 40 Pf. Ein Quadratmeter Fensterpapier kostet 6,50 Mk. Diese Fenster werden aufgelegt, bis die Sämereien keimen oder solange die Pflanzen noch so klein sind. Bei trübem, warmem Wetter werden sie abgenommen. Weil die Papierfenster leicht fortgeweht werden, besetzt man sie mit einem Haken.

Aus unserer Bewegung

Frankfurt a. M. Am 16. März fand in der „Stadthalle“ eine Versammlung aller bei der Frankfurter Gasgesellschaft beschäftigten Handwerker, Arbeiter und Arbeiterinnen statt. Da am 31. Mai d. J. der mit der Frankfurter Gasgesellschaft im Jahre 1914 abgeschlossene Tarifvertrag abläuft, hatte sich die Versammlung mit der Frage zu befassen, ob der Tarifvertrag verlängert oder geändert werden solle. Mollath Ude trug der Versammlung die Beschlüsse vor, die von den Betriebsvertrauensleuten in dieser Angelegenheit schon gefaßt wurden. In der sich hieran anschließenden Aussprache stellte ein Vertreter des christlichen Fabrikarbeiterverbandes den Antrag, seine Organisation bei den stattfindenden Verhandlungen als Vertragspartei mit hinzuzuziehen. Der Antrag wurde von der gutbesuchten Versammlung gegen 5 Stimmen abgelehnt. Des weiteren wurde in der Aussprache verlangt, daß den weiblichen Arbeitskräften der gleiche Anfangslohn gezahlt werde wie den männlichen Arbeitskräften. Auch für die Kriegsbeschädigten soll eine Bestimmung im Tarif eingefügt werden, wonach die Entlohnung der Kriegsbeschädigten nach deren Leistung zu erfolgen hat. Die Katernwärter und Kutsher, die bisher nicht im Tarif einbezogen waren, sollen im Vertragsverhältnis aufgenommen werden. Im übrigen war die Versammlung einstimmig der Meinung, daß bei den Löhnen eine angemessene Erhöhung eintreten müsse und daß die Vertragsdauer nicht über ein Jahr festgesetzt werden soll. Zum Schluß nahm die Versammlung folgende Entschließung an: „Die Verbandsleitung des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes und die von der Versammlung gewählte Tarifkommission wird beauftragt, mit der Frankfurter Gas-Gesellschaft in Tarifverhandlungen einzutreten. Die Versammelten bringen aber zum Ausdruck, daß sie nur dann dem Tarifvertrag die Zustimmung geben, wenn derselbe eine angemessene Lohnerböhung zu verzeichnen hat. Die Vertragsdauer soll nicht über ein Jahr hinaus festgelegt werden.“ — Nach einstimmiger Annahme der Entschließung wurde zur Wahl der Tarifkommission geschritten. Gewählt wurden von allen drei Werken zusammen 12 Kollegen. Mit kurzen beredeten Worten ermahnte Kollege Ude die Anwesenden, jetzt sowie auch in Zukunft recht fleißig an dem Ausbau und die Stärkung der Organisation zu arbeiten und forderte die anwesenden Nichtorganisierten auf, sich dem Verbandsangehörigen. Darauf wurde die interessante verlaufene Versammlung geschlossen.

Görlich. Die wiederholten Anträge des unserm Verbands angehörenden Arbeiterratschusses für die in den städtischen Betrieben beschäftigten Arbeiter um Bewilligung weiterer Feuerungszulagen haben unsere Stadtverwaltung endlich veranlaßt, etwas nach dieser Richtung zu tun. In der Stadtverordnetenversammlung vom 9. März wurde beschlossen, den städtischen Arbeitern eine einmalige Feuerungszulage in folgender Höhe zu bewilligen: Es erhalten ledige Arbeiter sowie solche verwitwete oder geschiedene Arbeiter, die keine Kinder unter 18 Jahren haben, 40 Mk., Verheiratete ohne Kinder unter 18 Jahren 60 Mk., mit 1 Kind unter 18 Jahren 80 Mk., von da ab steigen die Sätze für jedes weitere Kind um 10 Mk. bis zum Höchstbetrage von 120 Mk. Voraussetzung ist aber, daß die Kinder im Alter von 15—18 Jahren nicht mehr als 6 Mk. wöchentlich selbst verdienen, sonst werden die Zulagen für die Kinder nur bis zu 15 Jahren gezahlt. Freiwiligen Arbeiter, die erst nach dem 1. April 1916 in städtische Dienste getreten sind, erhalten nur die Hälfte der vorstehenden Sätze. Nach der Magistratsvorlage sollten die Feuerungszulagen nur die „Stadtarbeiter“ erhalten. „Stadtarbeiter“ ist in Görlich aber nur, wer mindestens 15 Jahre ununterbrochen in städtischen Diensten steht und in dieser Zeit nicht bestraft ist. Den Bemühungen des Stadts. Genossen Taubadel ist es aber gelungen, die Zulagen in der mitgeteilten Höhe für alle Arbeiter zu erwirken. Wenn auch anerkannt werden soll, daß diese Feuerungszulagen für die Arbeiter immerhin eine momentane Hilfe bedeuten, so muß andererseits doch betont werden, daß es sich eben auch nur um eine augenblickliche, vorübergehende Hilfe handelt. Besser wäre schon gewesen, wenn anstatt oder neben dieser einmaligen Zuwendung eine den jetzigen Verhältnissen entsprechende Erhöhung der Grundlöhne vorgenommen worden wäre. Angesichts des geringen Wertes, den das Geld jetzt auf dem Lebensmittelmarkt usw. hat, sind solche einmaligen Zuwendungen schnell ausgegeben und das alte Geld beginnt von neuem. Es bleibt uns daher nur übrig, die Bemühungen um allgemeine Aufbesserung der Löhne fortzusetzen.

Sannover. Eine gut besuchte Mitgliederversammlung tagte am 21. März im Gewerkschaftsbanke. Kollege Weickert referierte über „Die Verteuerung der Lebensmittel“. Weickert führte aus, daß die Knappheit der Lebensmittel kein Grund ist zu den jetzigen Wucherpreisen. Durch die außerordentliche Teuerung werden die städtischen Arbeiter besonders hart getroffen, da eine Erhöhung der Löhne (die zwischen 3,50 bis 5,50 Mk. schwanken, während des Krieges nicht erfolgt ist). Die Stadtverwaltung glaubt ihre Pflicht zu erfüllen, wenn sie Teuerungszulagen gewährt. Aber diese Teuerungszulagen sind auch dann noch notwendig, wenn der jetzige Lohn verdoppelt würde. In Anbetracht der heutigen teuren Verhältnisse wäre der Lohn immer noch sehr bescheiden. Man verlangt von

den Arbeitern, daß Mann und Frau angestrengt tätig sein sollen. Die Anforderungen sind größer als vor dem Kriege. Die Leistungen müssen aber bei der ungenügenden Ernährung zurückgehen, und bei den bisherigen Einkommen der städtischen Arbeiter ist es fraglich, ob die Arbeiter noch lange arbeitsfähig bleiben. In allererster Linie leiden Frauen und Kinder darunter. In den Familien der städtischen Arbeiter herrscht entschliches Elend und Not. Nicht nur, daß die so notwendigen Lebensmittel um mehrere hundert Prozent im Preise gestiegen sind, sondern bei vielen Bedarfsartikeln ist es noch schlimmer. Es soll hier nur Kleidung und das besonders von den städtischen Arbeitern viel verbrauchte Schuhzeug genannt werden. Bei diesen gewaltigen Verteuerungen ist es den städtischen Arbeitern unmöglich, von dem jetzigen Lohne auch nur das Notdürftigste zu beschaffen. Eine Erhöhung der jetzigen Löhne ist daher nicht länger aufschubbar. — Bei der darauffolgenden Aussprache wurden besonders traurige Fälle vorgeführt. Der Unternehmer will aber auch noch verdienen. Warum gibt man diese Lohnsätze nicht den städtischen Arbeitern? Unmöglich könnten bei diesen jetzigen Löhnen die Arbeiter arbeitsfähig bleiben. Es wurde beantragt und einstimmig beschlossen, eine Erhöhung des Lohnes um 1 Mk. pro Tag zu fordern. Auch die Errichtung von Arbeiterausläschen und die Verkürzung der Arbeitszeit für die Sommermonate soll gefordert werden. Zum Schluß gelangte nachstehende Entschließung zur einstimmigen Annahme: „Die jetzige gewaltige Verteuerung der gesamten Lebenshaltung hat für die städtischen Arbeiter unerträgliche Zustände geschaffen. Die Löhne sind nicht annähernd der gewaltigen Teuerung angepaßt und stehen weit unter den Löhnen, die gegenwärtig in der Privatindustrie gezahlt werden. Sollen die städtischen Arbeiter arbeitsfähig bleiben, so ist zur Linderung der entsetzlichen Not eine durchgreifende Aufbesserung der Löhne dringend notwendig. Die städtischen Arbeiter erwarten daher vom Magistrat und Bürgerverbände, daß recht bald eine erhebliche Aufbesserung der Löhne beschlossen wird. Die Versammelten beauftragen die Verbandsleitung, den städtischen Kollegen die Forderungen der Arbeiter zu unterbreiten.“

Aus den deutschen Gewerkschaften

Gewerkschaftliche Aufgaben. „Die Gewerkschaft“, das österreichische Zentralorgan der Gewerkschaftskommission, beleuchtet in ihrer Nummer vom 15. März die Fluktuation und andere Unzulänglichkeiten der Gewerkschaftsbewegung. Sie kommt zu folgendem Ergebnis, das auch für Deutschland voll Gültigkeit hat: Im weiteren werden sich auch die Gewerkschaften damit zu befassen haben, wie mehr grundsätzliche Bildung verbreitet werden könne. Es muß zugestanden werden, daß auf diesem Gebiet nicht das geleistet wird, was geleistet werden konnte und sollte. Mit den üblichen Versammlungsreden über „Zweck und Nutzen der Organisation“ kann auf die Dauer unmöglich das geistige Auslangen gefunden werden. Die Mängel über schlechten Versammlungsbesuch sind uralte. Aber wir müssen auch einsehen, daß die bewährtesten Mängel die Versammlungslokale nicht fällen. Uns dünnt, die Ursache liegt tiefer. Was bei der Vertragsleistung zweckmäßig ist, wird bei der Bildung zum Nebel. Die Form der Vertragsleistung hat eine einseitige zu sein. Beim Bildungswesen soll aber nach Möglichkeit individualisiert werden. Bildungsgrad und Auffassungswesen sind bei den Mitgliedern ungleichmäßig; der Drang nach Wissen ist kein gleichmäßiger. Und gerade diesen Tatsachen sollte nach Möglichkeit Rechnung getragen werden. Aufgabe der Leitung wäre es, die Begabteren und Wissensdurstigeren abzusondern, für sie spezielle Unterrichts- und Bildungsstufen zu veranstalten. Darüber müssen wir uns klar sein, daß die Zeiten vorbei sind, wo die Versammlungen Unterrichts- und Bildungsstätten waren. Im modernen Gewerkschaftsleben dienen die Versammlungen mehr gesellschaftlichen Zwecken: Erstattung von Berichten, Vornahme von Wahlen, Besprechung von Fragen über Lohn- und Tarifangelegenheiten und dergleichen. Und wir wissen aus Erfahrung, daß sich Vorträge über wissenschaftliche Themen in Versammlungen nicht bewähren, eben weil das Verständnis und das Interesse der Teilnehmer ein zu verschiedenes ist. Methodisch müssen wir die Ausbildung betreiben. Dazu eignen sich nicht alle Mitglieder, darum die Individualisierung. Und wenn die eine Gewerkschaft zu klein ist, die Bildung der Mitglieder auf diese Art betreiben zu können, so mögen sich mehrere zusammenschließen und allgemeines Wissen verbreiten; die speziellen Berufsangelegenheiten mögen in den Branchenversammlungen auch weiterhin wie bisher ihre Förderung und Erledigung finden. Die auf diese Weise betagenden Mitglieder werden ihre erworbenen Wissen als Vertrauenspersonen im Betrieb, bei der Auffklärung und Weiterbildung von Mann zu Mann zur Geltung bringen. Die Früchte dieser mühevollen Arbeit werden reifen und den Gewerkschaften in Gestalt des geistigsten Mitgliederstandes zugute kommen. Mit einem Schlag wird dieser gewerkschaftliche Auf-

gabe nicht gelöst werden. Aber das darf uns nicht hindern, an ihre Lösung zu arbeiten. Und gerade beim Wiederaufbau nach dem Kriege sollten wir mehr wie bisher darauf bedacht sein, wie dem Mitgliederwechsel ernstlich entgegen zu kommen. Die hier zur Lösung dieser Aufgabe in Vorschlag gebrachten Andeutungen scheinen uns der Erwägung wert zu sein.

Für einheitliche Organisation der Eisenbahner. Die „Deutsche Verkehrsberufsgewerkschaft“, das Organ des Süddeutschen Eisenbahner-Verbandes, nimmt zu der neuesten Entwicklung der Streikrechtsfrage Stellung und betont, daß es schon immer für den nunmehr eingenommenen Standpunkt eingetreten sei. Als dann heißt es weiter: „Wir wagen zu hoffen, daß nunmehr wenigstens die gebührende Angriffe des sogenannten „Deutschen Eisenbahnerverbandes“ ein Ende nehmen werden. Eigentlich hat bei dem neuen Stand der Dinge dieser Verband seine Existenzberechtigung vollends eingebüßt. Er kann nicht einmal mehr etwas anderes scheinen wollen wie der „Verband des Deutschen Verkehrsberufsgewerkschafts“. Das wichtigste wäre, daß der neue Verband nunmehr wieder verbindliche und seine Mitglieder unserem Verband zuführt. Ein prinzipieller Gegensatz zwischen beiden Verbänden besteht nicht. Der Erfolg der Organisationsarbeit wird aber um so größer sein, je stärker die Organisation ist und je weniger zerstückelt die Arbeiter sind. Daß unsere Organisation etwas zu leisten vermag, braucht sie nicht mehr zu beweisen. Ihre langjährige Tätigkeit spricht deutlich genug. Sie hat mancherlei erreicht, gute Unterstützungseinrichtungen geschaffen, eine wöchentlich erscheinende Zeitung ins Leben gerufen, die den Verkehr mit irgendeinem Nachorgan nicht zu scheuen braucht. Jeder Grund für die Aufrechterhaltung einer gleichgerichteten zweiten Organisation fehlt. Wir können nicht wissen, ob die Leitung des neuen Verbandes oder die Generalkommission der deutschen Gewerkschaften den Gedanken der Vereinigung des neuen Verbandes mit dem unsrigen erweckt. Tun sie das zunächst nicht, so wird man wenigstens hoffen dürfen, daß von nun an die Hege aufhört und unierer Ausbreitung von der anderen Seite keine hinreichenden Hemmnisse bereitet werden. Zur Diminution des Streitgegenstandes zwischen uns und dem preussischen Eisenbahnerverband ist nicht viel mehr zu sagen. Am Charakter unseres Verbandes und an den Anforderungen des preussischen Eisenbahnministers wie irgendeinem der bisher von der Verwaltung bevorzugten Verbände. Es besteht in diesem Punkte kein Unterschied mehr zwischen dem Süden und dem Norden. Wir werden uns von nun an die Gewinnung von Mitgliedern im ganzen Deutschen Reich anlegen lassen. Unsere Kollegen werden, wo sie Gelegenheit haben, für den alten Verband, der sich das Vertrauen weiterer Kreise der Eisenbahner erworben hat, der auch treu bleiben wird seiner Vergangenheit, ihre ganze Kraft einsetzen. Der Vergangenheit treu bleiben, das heißt, überall und jederzeit entschlossen und ohne lächerliche Schwankungen die Interessen der Eisenbahner vertreten, ihre Lebenslage und ihre gesamten Existenzbedingungen heissen, so weit das nur irgend möglich ist.“ — Wenn der Artikel auch nicht gerade ein Musterbild geschickter Polemik, geschweige denn ein wohlgegründeter Annäherungsversuch ist, eher das Gegenteil, so läßt sich bei gutem Willen auf beiden Seiten doch ein Weg finden, die gemeinsamen Interessen in einer Organisation zu fördern. Trotz der ehemaligen Differenzen sollte jetzt endlich der Streitpunkt bearbeitet werden. Damit die Eisenbahner endlich eine freie, einheitliche, stark und leistungsfähige Organisation erhalten. Es ist wünschenswert, daß

Rundschau

Ein Frühlingsmorgen liegt wieder über der Welt. Die Tage werden immer länger, die Sonne bricht immer mehr sich ihre Bahn, die Sträucher fangen hier und da schon an zu knospen. Ein neues Leben beginnt wieder in der Natur. Mit Freude und Vergnügen erfüllt das stets unser Herz, aber, wenn wir auch diesmal den Frühling ersehnten und gern begrüßen, so voll wie in den Jahren des Friedens ist es uns heute nicht. Zu groß ist die Not und die Sorge der Zeit. Und doch ist die Natur die gleiche, der gleiche der liebe Sonnenschein. Die Schönheit der Welt liegt nicht so sehr draußen, als in uns, und um so schöner und lächelnder ist die Welt, je mehr wir uns selbst sind. Volle Harmonie der Seele ist nötig zum vollen Genuß der Welt. Haben wir im Friedenleben diese volle Harmonie gehabt? Doch wahrlich nicht. Wie viele Hunderttausende mangeln da gar nach um die nötige Befriedigung des Körpers in Sorge rufen. Wie konnte da die Voraussetzung gegeben sein zu einem Seelenleben in Ruhe und Gleichmut und Harmonie? Vermieden wird dem Menschen von heute, im Krieg wie im Frieden, das Herz, die widerstrebbenden Gefühle werden in ihm gewickelt, sein

urigenes inneres Ich, seine Seele, seine Persönlichkeit wird ihm geraubt. Frühling muß im Völkerleben herrschen, wenn der Mensch im Herzen den Frühling genießen, Ordnung und Plan muß der Welt zugrunde liegen, wenn Harmonie in jeder einzelnen Brust wohnen soll. Seine ganze Seele ungetrübt und rein allem Guten und Schönen entgegenbringen, kann der Mensch erst in einer neuen Welt, Völkernachbar, erst sein in einer neuen Organisation von Volk und Menschheit.

Die Kriegshilfe der Krankenkassen. Die steigenden Schwierigkeiten der Kriegsverhältnisse nötigen die Krankenkassen, fortgesetzt ihr Augenmerk darauf zu richten, daß die Kassen in ihren Leistungen und ihrer Verwaltung den Anforderungen der Zeit gerecht werden. Das Rotgesch betreffend die Sicherung der Leistungsfähigkeit der Krankenkassen vom 4. August 1914, das die Leistungen der Kassen auf das gezielte Mindestmaß herab und die Kassenbeiträge allgemein auf $\frac{1}{2}$ v. d. d. des Arbeitsverdienstes hinaufsetzte, hat bewirkt, daß sich manche Kassen in ihren Geldverhältnissen sehr gut entwickelten. Fast alle Kassen haben dabei die Mehrleistungen, die sie vor Kriegsausbruch besaßen, freiwillig wieder eingeführt. Viele sind auch darüber hinausgegangen und gewähren, auch wenn das ehemalige zur Kriegsteilnahme einberufene Kassenmitglied die Versicherung nicht freiwillig fortsetzt, für dieses Familienhilfe, Sterbegelder usw. In neuerer Zeit haben die Kassen den Einwirkungen der Ernährungsnotwendigkeiten auf die Kranken nach Kräften zu begegnen. Teils geschieht dies durch Erhöhung der Beiträge, teils durch Gewährung von Krankentloß oder weitherzige Gewährung anderer Erleichterungen. So gewährt z. B. die Allgemeine Ortskrankenkasse Leipzig jedem erwerbsfähigen Kranken und jeder Wöchnerin, gleichviel in welcher Lohnklasse sie sich befinden, eine wöchentliche Zulage von 2 Mark, die Allgemeine Ortskrankenkasse Halle eine solche von 25 Pf. für jeden Tag. Die Allgemeine Ortskrankenkasse Königsberg führte einen prozentualen Zuschuß zum Krankengeld ein usw. Die Ernährungsnotwendigkeiten können die Krankenkassen auf zwei Wegen bekämpfen: Durch Gewährung von Stärkungsmitteln, die aber immer den Charakter von Deilmitteln haben müssen, und durch Bereitstellung von Krankenloß. Zu den Stärkungsmitteln gehört vor allem die Fütterung von Milch und künstlichen Deilmitteln, wie Kalzitropin und ähnlichen Dingen. Die Ärzte haben hier in der Verordnung einen sehr großen Spielraum. Die Gewährung von Krankenloß ist eine Mehrleistung und setzt eine entsprechende Bestimmung der Kassenführung voraus. So gewährt z. B. die Allgemeine Ortskrankenkasse Berlin an blutarme und bleichstüchtige Kranke, soweit der Kassenarzt es für notwendig hält, Mittagessen aus dem städtischen Speiseanstalten. Andere Kassen, wie Dortmund usw., sind dem Vorgehen schon gefolgt. Sowohl für die Gewährung von Nahrungsmitteln als auch der Krankenloß dürfen Abzüge am Krankengeld nicht gemacht werden. Der Hauptverband der Ortskrankenkassen im Deutschen Reich richtet soeben ein Rundschreiben an die ihm angehörenden Kassen, indem er besonders zur Gewährung von Nahrungsmitteln und Krankengeld auffordert. Alles, was zum Siege dienen könne, müsse jetzt gepflegt werden. Deshalb sollen die Kassenverbände erneuert prüfen, wie und wo sie helfen können. Dabei seien allerdings die Kassen auf die Hilfe der Gemeindebehörden angewiesen. Diese wäre zu eruchen, die angelegten reichlichen Rationen für Kranke, soweit sie Kassenmitglieder sind, durch Vermittlung der Krankenkassen zugewiesen. (Durch Reichsartung der ärztlichen Zeugnisse usw.) Die Gemeinden müßten durch ausgiebigere Einrichtungen der Kriegshilfe (Kassenbeiträge) den Kassen die Möglichkeit geben, ihren Krankenmitgliedern auch sonst Nahrungsmittel zuzuführen. Die öffentlichen Krankenhäuser sollten auch an Kranke Kassenmitglieder auf Rechnung der Kassen besondere diätetische Nahrung abgeben können. Die soziale Fürsorge müsse geübt werden, so daß der Hauptverband hinzu, auch wenn keine Mittel dazu zu erzielen sind. Diese Aufforderungen sind selbstverständlich nach Kräften zu unterstützen. Da wenigstens manche Kassenverwaltungen in dem Punkte etwas schwerhörig sind, so ist es zu empfehlen, daß auch die Kassenmitglieder selbst mit entsprechenden Anträgen an die Kassen herantreten. Auch hier tritt zu, daß nur vielfaches Verlangen zum Ziele führt.

Der neue Wirtschaftsplan für die Ernte 1917. Der neue Wirtschaftsplan für die Ernte 1917 trägt das Signum: „Höhere Getreide- und Kartoffelpreise — Senkung der Fleischpreise“. Nach einer Mitteilung von W. T. K. fand am 13. März d. J. eine Beratung der Minister der Bundesstaaten über Fragen der Kriegswirtschaft statt. Die nötigen Verordnungen zur Durchführung des neuen Wirtschaftsplanes sollen so vorbereitet werden, daß sie rechtzeitig vor Beginn der neuen Ernte in Kraft treten. Nach der angenommenen Preisvorlage des Kriegsministeriums wird für den Berliner Bezirk der Preis des Roggens auf 270 M. (bisher 260 M.), des Weizens auf 300 M. (bisher 290 M.) für die Tonne erhöht. Die Darf- und Weizenpreise werden herabgesetzt, und zwar der Preis des Darfs (bisher 300 M.) durchweg auf 270 M. Der Preis der Weizen (bisher zwischen 310 und 300 M.) durchweg auf 270 M. Die Preise für Süßen- und Celfrüchte bleiben nach der bisherigen Festlegung bestehen. Der Zuckerraben Mindestpreis beträgt 250 M. für den Zentner. Der Kartoffelpreis soll von

Durchschnittlich 1,50 Mk. auf 5 Mk. erhöht, doch soll für Gegenden mit besonders hohen Friedenspreisen für Spezialstoffe die Preis-erhöhung bis höchstens auf 6 Mk. durch Anordnung der Landes-zentralbehörde gehalten werden. Der Derivatstoffpreis tritt fast wie bisher am 1. Oktober schon am 15. September in Kraft und soll zum Frühjahr nicht steigen. Für die Kunstfrühen, Mohlrüben und Feldbohnen werden erheblich niedrigere Höchstpreise wie bisher, nämlich 1,50 Mk. (bisher 1,80 Mk.) bzw. 1,75 Mk. (bisher 2,50 Mk.) und 2,50 Mk. (bisher 4 Mk.) für den Sommer festgelegt. Lieferungs-Verträge zu höheren Preisen über Mohlrüben sollen nicht mehr abgeschlossen werden. Nach den angenommenen Vorschlägen des Streikernährungsamts beträgt die Preisminderung für Sachschiffahrt vom 1. Mai 1917 an 20 bis 25 Prozent. Da infolge dieser Preisfestlegung im April auf ein starkes Angebot von Schweinen geredet wird, werden die Minderpreise erst zum 1. Juli geltend. Hier beträgt die Preisfestlegung rund 15 Prozent. Die neue Preisregelung bewirkt eine Verdrängung nach zwei Seiten, bringt aber der Landwirtschaft annähernd dieselben Einnahmen. Dabei soll auch der Milchpreis in einzelnen Bezirken erhöht werden. Im Vergleich zum herrschenden Ausland bleiben unsere Getreide-, Kartoffel- und Zuckerrübenpreise nach der Erhöhung noch wesentlich zurück, während die Preise für Schmalz, die zum Teil erheblich höher waren, diesen mehr angenähert werden. Die Protraktion wird ab 15. April um etwa 450 Gramm herab-gesetzt! Als Ersatz für die ausfallenden Mengen werden in der Hauptsache Kartoffeln, weiche Grüns, Kraut und Gemüse-tomaten genannt. Dazu soll die Kleinfütterung nicht nur er-höhrt werden, sondern es wird sogar von einer Verdoppelung der-felben gesprochen. Den Minderernteernte soll durch Weidestützungen der Ankauf von Fleisch ermöglicht werden. Wir sehen in all diesen in Aussicht gestellten Tingen vorläufig nur Versprechungen. Wenn nach den Berechnungen der Statistiker die Kürzung der Miet-raten notwendig geworden ist, um nicht vor der neuen Ernte vor dem Nichts zu stehen, so kann gar nicht einmalig genug betont werden, daß noch möglichst vor Wegnahme eines Teils der Nation auf der anderen Seite Ersatz gegeben wird. Nach einer weiteren Mitteilung soll die Erhöhung der Kleinfütterung gleichzeitig mit der Minderung der Protraktion am 15. April eintreten und nur für die Zeit von da bis etwa 15. Juli geplant sein. Um diese Zeit werden ja die ersten Früchte der neuen Ernte (Kartoffeln, Gemüse usw.) vorhanden sein. Die Zulage von einem halben Pfund Fleisch in der Woche wird vorläufig mit Unterabgabe aus Reichsmitteln zu etwa 20 Pfennig für das halbe Pfund abzugeben werden, jedoch nur an die Minderernteernte. Der übrige Teil der Bevölkerung erhält zwar auch die doppelte Fleischration, mag sie aber mit dem schä-tzlichen Höchstpreis bezahlen. Fragt sich nur, wo in jetziger Zeit die Grenze gezogen wird für die Minderernteernte.

Der Dering, sein Glück und sein Ende. Zu den vielen Wert-gegenständen, die der Krieg im Gefolge hat, gehört auch das „Brotbrot der Kasse“ seine Souveränität ganz — wie alle Prole-tarier —, ohne daß es weiter beachtet oder überdies davon ge-macht wurde. Es war seine Lebensgrundlage, in Mannen gefaßt zu werden und zu lächerlich billigen Preisen — wurden wir be-zogen — auf den Markt zu kommen. Als gelungener und heur-ter Dering, in geräumiger und markierter Form war er immer zur Verfügung. War weniger haben sich Gedanken darüber gemacht, was für ein edler und fetter Fisch er war. Einen Lamm sah der schon vor Jahren gefast hat: Der edelste Fisch in der Dering, wenn der Dering so teuer wäre wie die Kasse, dann ein würde man ihn nach seinem vollen Werte zu schätzen wissen. Aber die andere der-waren ihren Dering meist ohne Dankempfindung oder Wert-schätzung. Denn er war immer da und zeigte sich nicht in Preis-erhöhung. Der Krieg hat dies Verhältnis von Grund aus geändert. Der Dering hat eine unerbörte Karriere gemacht. Zunächst wies er noch lange die Haltung des immer ärmer werdenden Mittels- und niedrigen. Freilich, er lag dabei im Preise, aber er war doch noch da, sozusagen immer willig, sich verkaufen zu lassen. Keine wurde er dann selbstbewußter und stellte immer höhere Ansprüche. Früher hatte er 10, 20 und 30 Pf. gekostet — je nach seiner be-sonderen Herrschaft. Allmählich stieg er auf 50, 60 und 60 Pf. Aber er war immer noch da, und als der Käsezeit längst prahlerisch geworden, gab es immer noch den fett- und fleischreichen Dering. Aber schließlich kam er in vollen Gegenstande über. Schon vor einigen Wochen hat mein Deringerantwärt 90 Pf. für einen erprobten Salzhering bezahlen müssen und die geräumten Lade-heringe kosteten die letzten Wochen 85, 90 Pf., dann 1 Mark, dann 1,20 Mark. Das geschah immer appetitlichernde Reizen, wo es gar keinen gab, und dann hatte der Dering wieder einen bay-ischen Sprung gemacht. Das kostete so schmerzhaft war nicht wiederzuerlangen; so war nichts über er sah als stark reichlicher. Man war waren ebenfalls die Laden geschlossen, so trat eine merkliche Deringeränderung ein, aus dem Motten zu 80 Pf. bezogen die-jetzt geachteten Herren von Dering in ihrer goldenen Mähne in die- zu 90 und ein rücheln Tage zu 1 Mark, und erst bei 1,20 Mark machten sie schließlich eine gewisse Anstehende — immer die- selben Deringe, die inzwischen höchstens alter und trodner geworden

waren. Nun aber kommt das Sonderbarste: ein erstaunlicher Um-schwung eine glänzende Beschäftigung der immanenten Dialektik: auf der höchsten Stufe neigt der Dering sich selbst, er hört auf, eine eßbare Sache zu sein, er verflüchtigt sich zum reinen Begriff, der jedes Kompromiß mit der gemeinen Wirklichkeit ablehnt, er fährt zum Heringshimmel, er verschwindet. Mein Dering ist mehr zu finden. Der Dering hat den Meteor aller anderen Nichtkonurrenten geblendet: er ist unbezahlbar geworden. Er rächt sich für die jahrhundertelange Unterdrückung. Wie es so oft geschieht, wird er erst voll erkannt, wo es zu spät ist, wo alle zu späte Tränen um einen teuren (ach ja schließlich sehr teuren) Entschlafenen rinnen. Wir sind um eine schöne Erinnerung reicher, und um einen guten Um-biß ärmer.

Petersburg.

Läßt das Schicksal sich erweichen?
Hoffend in dem dunklen Graus
Sucht man nach Wetterzeichen
An dem Wetterhimmel aus.
Statt die wilde Kaiserkrone?
Merkt man schon den Untergang?
Zeigt sich irgendeine Bresche
In der Mauer von Granit?
Ist es dieses? Ist es jenes?
Eröffnet sich ein Wunderort?
Schafft ein Unvorhergesehenes
Blitzlings das Erlösungswort? ...
Siehe da — die rühtigen Russen
Haben sich ins Zeug gesetzt:
Ungekümt und unverdruffen
Einen Anmarsch angesetzt.
Haben, weil der Hunger wütel,
Nicht gefadelt, nicht geschwafelt,
Engelhardtien fest gemietet
Und als Häuptling eingesetzt.
Von der großen Weltenszene,
Nah der Anfang, das steht fest —
Wenn sich auch das dicke Ende
Sicht nicht übersehen läßt.
Peter. im Tag.

Eingegangene Schriften und Bücher

Die Glocke, Sozialistische Wochenchrift. Herausgeber: Farnus (Ver- lag für Sozialwissenschaft 6, m. v. S., Berlin SW. 68). Das eben er- schiene Heft 32 enthält u. a. folgende Artikel: Farnus: Der Sieg der russischen Revolution. Dr. Paul Leusch, M. d. N.: Die Ideen des Marx. Adolf Hoher: Bismarcks Erbe (Zählst.). Engelbert Fernerstorfer: Zwei gerechte Amerikaner. Th. Stauning: Die Kommunalwahlen in Faunmark. Dr. John Zaitzkowski: Die Entstehung der Kunststoffe. — Preisheft 20 Pf., vierteljährlich 2,50 Mk. bei allen Anbestellungen und Postanfragen.

Totenliste des Verbandes.

- | | |
|---|--|
| Moritz Dübinger, Stuttgart
Tagelöhner
† 25. 9. 1916, 70 Jahre alt. | Fritz Schwind, Bamberg
Kaufmann
† 17. 3. 1917, 32 Jahre alt. |
| Jakob Her, Sandau, Plat
Lagerer
† 23. 3. 1917, 51 Jahre alt. | Reinhold Seifert, Dresden
Arbeiter
† 17. 3. 1917, 35 Jahre alt. |
| Adolf Kuhnel, Dresden
Arbeiter
† 18. 3. 1917, 64 Jahre alt. | Carl Vette, Bremen
Arbeiter
† 18. 3. 1917, 54 Jahre alt. |
| Hermann Schless, Bremen
Schloßer
† 19. 3. 1917, 50 Jahre alt. | Peter Wiggert, Lübeck
Friedhofarbeiter
† 13. 3. 1917, 58 Jahre alt. |



Opfer des Weltkrieges:

- | | |
|--|--|
| H. Heinerich, Niederrad
am 10. Mai 1915 im Alter
von 40 Jahren gefallen. | Adolf Loher, Stuttgart
am 9. September 1914 im
Alter von 25 Jahren gefallen. |
| H. Herrmann, Kaiserslautern
am 21. Januar 1917 im
Alter von 35 Jahren gefallen. | O. Pankall, Friedrichsfelde
am 11. März 1917 im Alter
von 40 Jahren gefallen. |
| Friedr. Horlacher, Stuttgart
am 20. September 1916 im
Alter von 36 Jahren gefallen. | M. Renner, Charlottenburg
am 20. März 1917 im Alter
von 31 Jahren gefallen. |

Gehet ihrem Andenken!